



EGB - PLATTFORM FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

EGB - PLATTFORM FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Wir, die europäischen Gewerkschaften, wollen eine Europäische Union und einen Binnenmarkt, die auf Zusammenarbeit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit beruhen - eine Europäische Union, die mit einem nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialmodell auf der ganzen Welt konkurrenzfähig ist.

Zusammen sind wir stärker - wirtschaftlich, sozial und demokratisch. Ohne eine gerechtere Integration und eine Angleichung nach oben kann die EU keinen besseren Lebensstandard für alle erreichen.

Wir alle verdienen eine bessere Europäische Union für die Bürger und Arbeitnehmer.

DIE EU MUSS AUF IHRE KRISE REAGIEREN

Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Unzufriedenheit - im Verbund mit Flüchtlingskrise, Brexit und Terrorismus: Alles zusammen führt unter den Arbeitnehmern und Bürgern in der EU zu einer Vertrauenskrise, aber auch zu wachsendem Populismus, Nationalismus und zunehmender Fremdenfeindlichkeit.

Es gibt wieder physische und kulturelle Grenzen, Konflikte und Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten behindern die Entwicklung gemeinsamer Projekte. Europa wird für alle Probleme, die die Menschen derzeit haben, verantwortlich gemacht, obwohl die größte Schuld bei den nationalen Regierungen und Institutionen und deren Entscheidungen liegt.

Der Entscheidungsprozess innerhalb der EU wurde geschwächt, und die nach der Wirtschaftskrise eingeführten zwischenstaatlichen Mechanismen haben die in den EU-Verträgen verankerte Gemeinschaftsmethode häufig ersetzt und damit den Bürgern die demokratische Kontrolle über europäische Entscheidungen genommen.

Bis sich die Wirtschaft erholt hat, die Sparpolitik und neoliberale Maßnahmen beendet und Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Zersplitterung bekämpft werden, lassen sich Angst, Unsicherheit und Ärger unter den Arbeitnehmern offensichtlich nicht durch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verdrängen.

Die Europäische Union steht nun am Scheideweg: entweder sie wird zu einem gerechteren und sozialeren Europa umgestaltet und reformiert oder sie läuft Gefahr auseinanderzufallen. Umfragen zeigen allerdings auch, dass durch den Brexit die Unterstützung der Bürger für die EU in einigen Mitgliedstaaten gewachsen ist. Vor uns liegen Herausforderungen und Chancen, und wir müssen zusammenarbeiten, um eine positive Alternative zu entwickeln.

Die wichtigsten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses (wie Frieden und Demokratie - der Binnenmarkt und wirtschaftliche Zusammenarbeit - hohe Standards bei Bildung, Innovation, technologischer Entwicklung - Schutz der Menschenrechte und ein gut funktionierendes Sozialmodell - Freizügigkeit) haben Europa zu einem sehr guten Ort zum Leben gemacht: dieses Erbe darf nicht verspielt werden.

Ein Wandel ist dringend erforderlich, und die europäische Gewerkschaftsbewegung leistet zusammen mit anderen, denen die Zukunft Europas am Herzen liegt, einen Beitrag dazu.

DIE WIEDERBELEBUNG DER EU: PLATTFORM DER GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Europa neu gestalten, das EU-Projekt neu beleben. Zu diesem Zweck sind andere politische Maßnahmen, andere Regeln und eine bessere Beteiligung von Bürgern, Arbeitnehmern und deren Vertretungen notwendig.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen den Ländern und in den Ländern müssen nach oben angeglichen werden, es muss weniger Ungleichheit und mehr wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt geben. Für die Menschen müssen bessere Lebensstandards entwickelt werden und zur Verwirklichung dieses Ziels müssen bessere politische Maßnahmen umgesetzt werden.

Arbeitnehmer und Bürger können die EU wieder wertschätzen, wenn sie konkrete Lösungen für ihre Probleme findet und vorschlägt, wenn sie für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung - wirtschaftliche/soziale Chancengleichheit - sozialen Schutz - persönliche Sicherheit und Wohlfahrt sorgt.

Wir schlagen einen neuen Pakt für die Zukunft Europas auf der Grundlage von Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie vor.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM ZUR SCHAFFUNG QUALITATIV HOCHWERTIGER ARBEITSPLÄTZE UND BESSERER ARBEITSBEDINGUNGEN

Die EU hat auf die weltweite Wirtschaftskrise einzig mit der Beschränkung öffentlicher Haushaltsmittel und mit dem Schwerpunkt auf Exporten reagiert – Strukturreformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben, Dienstleistungen und sozialem Schutz, der Rückgang von Löhnen und die Aushöhlung von Tarifverhandlungen waren die wichtigsten Stellschrauben für die Anpassung.

Dadurch wurde jedoch keines der Probleme unserer Wirtschaft gelöst, die Folgen waren stattdessen eine langsamere Erholung, Stagnation und Deflation, unannehmbare Arbeitslosenquoten sowie Unsicherheit, Armut und soziale Ausgrenzung.

Es ist höchste Zeit für ein nachhaltiges Wachstum – für uns heißt dies qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, gerechte Arbeitsbedingungen, Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft, soziale Inklusion und Integration für alle. Dies bedeutet auch eine andere wirtschaftspolitische Agenda auf globaler und europäischer Ebene, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen zu verwirklichen. Um dies zu erreichen, sind einige dringende Maßnahmen erforderlich.

Zu diesem Zweck ist ein außerordentlicher Plan für Investitionen und die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen notwendig, den der EGB bereits in seiner Initiative von 2013 „Ein neuer Weg für Europa“ vorgeschlagen hat. **Öffentliche Investitionen sollten verstärkt werden**, da sie der einzig wirksame Weg sind, um auch private Investitionen anzuregen. Der „Juncker-Plan“ muss - vor allem jetzt, nachdem die zweite Phase angekündigt wurde - neu auf die Länder und Branchen ausgerichtet werden, die am meisten Hilfe benötigen, gleichzeitig müssen eine Industriepolitik der EU gefördert und die verfügbaren öffentlichen Mittel erheblich aufgestockt werden.

Damit Mitgliedstaaten investieren können, **muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert werden**. Zu diesem Zweck müssen seine Ziele überarbeitet und an die aktuellen makroökonomischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Des Weiteren muss eine stabile und transparente „goldene Regel“ für Flexibilität eingeführt werden und produktive Investitionen für harte und weiche Infrastrukturen, grüne Wirtschaft, Innovation und Forschung, Bildung und Ausbildung, soziale Infrastrukturen und öffentliche Dienste müssen von den Defizit- und Verschuldungszielen ausgenommen werden.

Daneben **muss die Europäische Union selbst die Möglichkeit erhalten, öffentliche Investitionen** für transnationale Projekte einzusetzen, beispielsweise durch die Ausgabe von festverzinslichen Anlagepapieren der Europäischen Investitionsbank (EIB) und die Schaffung eines unabhängigen EU-Haushalts und Euro-Finanzministeriums.

Um Steuergerechtigkeit zu erreichen, ist eine Koordinierung erforderlich, Steuerhinterziehung muss bekämpft werden, eine gerechte und progressive Besteuerung von Personen und Unternehmen muss sichergestellt und der EU-Haushalt muss unterstützt werden.

Die wichtige Rolle von effizienten und integrierten öffentlichen Diensten für soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt sowie für ein gerechtes und nachhaltiges Wachstum muss anerkannt werden. Der weit verbreiteten Meinungsmache gegen alles Öffentliche (Investitionen, Dienste, Arbeitnehmer) muss entgegengetreten werden.

Im Rahmen des Prozesses zur Vollendung des Aufbaus der **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) muss eine verbesserte spezifische Koordinierung vorgesehen werden.** Dazu gehört auch die Einbindung des Euro-Finanzministeriums in die Finanzierung von öffentlichen Investitionen. **Das Mandat der EZB muss darüber hinaus überprüft** und erweitert werden, indem Vollbeschäftigung in die Ziele aufgenommen wird. Die gemeinsame Währung sollte von einer soliden Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gestützt werden, ferner sollte die **Einrichtung einer Euro-Gruppe der Arbeitsminister** neben der bestehenden Euro-Gruppe der Finanzminister in Betracht gezogen werden.

Die Herausforderungen durch den **Klimawandel, nachhaltige Energieversorgung, Digitalisierung, Automation** sowie durch die Globalisierung ausgelöste **Umstrukturierungsprozesse** müssen im Rahmen einer **Strategie des „gerechten Übergangs“** bewältigt werden, damit der Abbau von Arbeitsplätzen durch die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze ausgeglichen wird, die Interessen von Arbeitnehmern und Bürgern zuerst geschützt werden und sie von dieser neuen wirtschaftlichen Revolution auch profitieren können. Europa braucht darüber hinaus **eine vernünftige Industriepolitik**, die die reifen Branchen unterstützt und die innovativen Branchen auf dem Weg zu einem gerechten Übergang fördert.

Internationale Handelsabkommen müssen der gleichen Logik folgen, fortschrittlich und gerecht sein und die darin enthaltenen sozialen, umweltpolitischen und öffentlichen Dimensionen müssen erhalten und noch verbessert werden. Regierungen auf allen Ebenen müssen dabei das Recht und den Spielraum haben, Gesetze zu erlassen und öffentliche Dienste im öffentlichen Interesse zu gestalten. Sozialpartner müssen die Möglichkeit haben, den sozialen Dialog und die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern unabhängig zu entwickeln.

Die Binnennachfrage in Europa muss angekurbelt werden, um eine gerechte Erholung zu erreichen. Die Löhne blieben in den letzten Jahren in allen EU-Ländern hinter der Produktivität zurück, während die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Es ist also Zeit für **eine allgemeine Erhöhung der Löhne der europäischen Arbeitnehmer.** Zu diesem Zweck müssen Tarifverhandlungen dort, wo dies funktioniert, gestärkt werden, sie müssen dort, wo sie ausgehöhlt wurden, wieder gefestigt werden und dort, wo es keine Einrichtungen und Verfahren für Tarifverhandlungen gibt, müssen diese eingeführt werden: die Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen, sind der Aufbau der Kapazitäten von Sozialpartnern und bei Bedarf nationale Rechtsrahmen. Höhere existenzsichernde Löhne müssen bei Bedarf angestrebt werden. **Der Aspekt der Lohnangleichung** zwischen Ländern (insbesondere zwischen Ost und West) und Branchen muss als wichtiges Instrument zur Beseitigung von makroökonomischen Ungleichgewichten, Ungleichheiten (einschließlich ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen), Lohndumping und Diskriminierung berücksichtigt werden.

WIEDERBELEBUNG DES EUROPÄISCHEN SOZIALMODELLS: STÄRKERE ARBEITSRECHTE UND BESSERER SOZIALER SCHUTZ

Direkt vor unseren Augen spielt sich **eine beispiellose Krise des europäischen sozialen Zusammenhalts** mit Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit - Unsicherheit, Zersplitterung, Schwierigkeiten beim Eintritt auf den Arbeitsmarkt - zunehmender Ungleichheit, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung ab. Das europäische Sozialmodell, einst Maßstab für die ganze Welt, ist geschwächt, gefährdet und wurde in einigen Ländern sogar ausgehöhlt.

Europa muss sein Sozialmodell wiederbeleben und stärken, zuallererst indem das allgemeine Mantra geändert wird, demzufolge das Modell ein Hindernis für Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum darstellt. Länder mit hohen Löhnen, starkem Sozialdialog und Tarifverhandlungen sowie guten sozialen Sicherungssystemen zählen zu den Ländern, die wirtschaftlich besser abschneiden.

Die soziale Dimension der Europäischen Union muss denselben Stellenwert bekommen wie die wirtschaftspolitische Steuerung. Es ist Zeit, einen Prozess für ein europäisches Sozialsemester in Gang zu setzen und sicherzustellen, dass die europäische Säule sozialer Rechte nicht einzig und allein ein Mittel zur Linderung der Folgen der Sparmaßnahmen ist, sondern Teil einer Gesamtstrategie zur Gestaltung der Zukunft Europas. Die „soziale Marktwirtschaft“, wie sie einst Jacques Delors beschrieben hat, muss wieder zum Kernthema der Europäischen Union werden.

Die EU muss sicherstellen, dass **die europäische Säule sozialer Rechte** kein leeres Versprechen ist. Arbeitnehmer und Bürger brauchen konkrete Vorschläge, Maßnahmen, die ihr tägliches Leben auch verändern und die ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern können.

Allen Bürger, ob sie arbeiten, arbeitslos oder in Rente sind, sollten **ein angemessener Sozialschutz und soziale Rechte** garantiert werden. **EU-Standards** sollten für alle Länder festgelegt und durch eine **Angleichung nach oben** unter Beibehaltung bestehender besserer Bedingungen erreicht werden.

Um die Mitgliedstaaten bei diesem Prozess zu unterstützen, sollten **ein wirksamer und fortschrittlicher Leistungsvergleich, Empfehlungen, Gesetze und Finanzierung** auf den Weg gebracht werden. **Auf EU/WWU-Ebene können besondere Instrumente in Betracht gezogen werden**, um schlecht funktionierende oder unzureichende soziale Sicherungsmechanismen und die Finanzierung auf nationaler Ebene, in Beschäftigungssituationen

oder sozialen Krisen und Schocks zu unterstützen und zu integrieren. Für Länder, die am stärksten Hilfe benötigen, können zum Beispiel zusätzliche Arbeitslosenversicherungen und Regelungen zum Mindesteinkommen (ähnlich wie die Initiative Jugendgarantie/Beschäftigung junger Menschen) erwogen werden, wobei die Autonomie der Sozialpartner und bestehende nationale Systeme beibehalten werden müssen.

Bestimmte Interventionsbereiche sollten auf EU-Ebene vorrangig behandelt werden, beispielsweise Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, Ungleichheit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Armut, Erwerbstätigenarmut und soziale Ausgrenzung, Schwarzarbeit, Qualifikationen und lebenslanges Lernen, gerechter Übergang, Familienleistungen, Altersversorgungssysteme, Gesundheit und Langzeitpflege, Diskriminierung von benachteiligten und gefährdeten Gruppen sowie Diskriminierung aufgrund von Krankheit und Behinderung. In allen diesen Bereichen sind eine Angleichung nach oben zu besseren Standards sowie angemessene und wirksame Instrumente zur Erreichung dieses Ziels erforderlich. Der Grundsatz der „Gleichbehandlung“ muss in allen EU-Politikbereichen, bei allen Initiativen und in der Gesetzgebung bestätigt und umgesetzt werden.

Unsicherheit und Zersplitterung auf dem Arbeitsmarkt müssen ebenso wie neue Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit und Beschäftigung, die die Zukunft der Arbeit darstellen, besonders berücksichtigt werden. Neben der **Bekämpfung von alten und modernen Formen der Ausbeutung** wie Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit brauchen **echte Nicht-Standardbeschäftigte und Selbstständige** besondere Maßnahmen und Rahmenbedingungen, damit sie die gleichen Rechte wie Arbeitnehmer haben, beispielsweise das Recht auf Lohnverhandlungen, auf Sozial-, Gesundheits- und Pensionsschutz, Zugang zu Fortbildung und Beitritt zu einer Gewerkschaft.

Das Recht auf Freizügigkeit muss gestärkt werden, indem der Vertrag von Schengen geschützt wird, Sozialdumping bekämpft wird, die Mobilität unter freiwilligen und fairen Bedingungen, die volle Gleichbehandlung, die Integration und Eingliederung von einheimischen und mobilen Arbeitnehmern gefördert werden. Die Übertragbarkeit und Koordinierung des sozialen Schutzes muss in grenzüberschreitender Hinsicht gestärkt werden. Auf der Grundlage von Integration und Gleichheit muss **eine gerechtere europäische Migrationsagenda** ausgearbeitet werden. Solidarität, Verantwortung und Zusammenarbeit müssen das Fundament einer **stärkeren und menschlicheren Asylpolitik** bilden.

Zum Schutz und der Wiederherstellung von Gewerkschaftsrechten, die in den letzten Jahren nach der Einführung der Sparmaßnahmen unter Beschuss standen und sogar ausgehöhlt wurden, müssen EU-Rahmenvorschriften festgelegt werden.

DEMOKRATISCHERE WERTE: ARBEITNEHMER UND BÜRGER - DER KERN EUROPAS

Die EU-Organe sollten demokratischer, transparenter, mehr zur Rechenschaft verpflichtet und effizienter sein – Arbeitnehmer und Bürger möchten das Gefühl haben, dass sie von den Entscheidungsträgern gehört werden und dass die Lenkungsprozesse der EU (aber auch nationale Entscheidungsprozesse) verständlich sind und sie darauf Einfluss nehmen können.

Die Arbeitnehmer und Bürger der EU müssen gleich und gerecht behandelt werden. Es müssen wieder Wege für Information, Beratung und Dialog zwischen den Arbeitnehmern und Bürgern der EU, den EU-Organen, Politikern und Interessenvertretern, einschließlich Sozialpartner und zivilgesellschaftlicher Organisationen, eröffnet werden.

Die Europawahlen müssen eine tatsächliche demokratische Beteiligung ermöglichen, indem die Menschen Einfluss auf europäische politische Maßnahmen und Lenkungsprozesse sowie die Zusammensetzung der Europäischen Kommission nehmen können. Die Europäische Kommission muss mit stabilen Exekutivbefugnissen ausgestattet werden, gleichzeitig müssen die demokratische Kontrolle und die Gesetzgebungsinitiative des Europäischen Parlaments gestärkt werden.

Der Sozialdialog zwischen den Sozialpartnern und auf institutioneller Ebene, die Beteiligung der Arbeitnehmer und der Einfluss auf die Unternehmenspolitik müssen unterstützt und gestärkt und in den Mitgliedstaaten und allen Branchen vollständig umgesetzt werden, bei Bedarf auch durch Rechtsrahmen und Zwangsmaßnahmen, um den Aufbau von Kapazitäten von Sozialpartnern zu fördern.

Die Verhandlungen über den Brexit und die Aufnahme des fiskalpolitischen Pakts in den Vertrag werden **einige Vertragsänderungen** nach sich ziehen müssen. Hier bietet sich die Chance, eine **Übereinkunft** unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft **zu erzielen**, um den **fiskalpolitischen Pakt grundlegend zu ändern** und zu einem Instrument für ein nachhaltiges und gerechtes Wachstum zu machen, den **Stabilitäts- und Wachstumspakt zu reformieren und ein soziales Fortschrittsprotokoll, ein soziales Semester und eine europäische Säule sozialer Rechte** in die Verträge aufzunehmen.

Die Gewerkschaften müssen an den Verhandlungen nach dem britischen Referendum beteiligt werden und sind dafür, dass das Vereinigte Königreich seinen Zugang zum Binnenmarkt behält, dies muss jedoch einhergehen mit der uneingeschränkten Einhaltung der vier Grundfreiheiten, insbesondere der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, und der Einhaltung des sozialen *Besitzstandes* der EU durch das Vereinigte Königreich. Die Arbeitnehmer dürfen nicht diejenigen sein, die den Preis für den Brexit zahlen!

Die Verhandlungen über den Brexit wie auch jede Art von Vertragsänderung sollten genutzt werden, um die europäischen Werte wie Frieden, Demokratie, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu stärken und wiederzubeleben – **für ein besseres und gerechteres Europa für die Menschen.**

The ETUC is the voice of workers and represents 45 million members
from 89 trade union organisations
in 39 European countries,
plus 10 European Trade Union Federations.



5, Bld du Roi Albert II - B- 1210 Brussels
Tel. 00-32-2/224 04 11
Fax 00-32-2/224 04 54/55

www.etuc.org